HEYNE

Jürgen Roth, geboren 1945, ist einer der bekanntesten investigativen Journalisten in Deutschland. Seit 1971 veröffentlicht er brisante TV-Dokumentationen und aufsehenerregende Bücher über die organisierte Kriminalität in Osteuropa und Deutschland sowie den internationalen Terrorismus, zuletzt *Der Deutschland-Clan* (2006), *Anklage unerwünscht* (2007) und *Mafialand Deutschland* (2009), die allesamt Bestseller waren.

Jürgen Roth

GANGSTERWIRTSCHAFT

Wie uns die organisierte Kriminalität aufkauft

WILHELM HEYNE VERLAG
MÜNCHEN

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Holmen Book Cream liefert Holmen Paper, Hallstavik, Schweden.

Aktualisierte Taschenbucherstausgabe 10/2012

Copyright © Eichborn AG, Frankfurt am Main, Mai 2010
Der Wilhelm Heyne Verlag, München,
ist ein Verlag der Verlagsgruppe Random House GmbH
Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich
Satz: Uhl + Massopust, Aalen
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2012
ISBN 978-3-453-60202-1

www.heyne.de

Inhalt

Vorwort zur aktualisierten Taschenbuchausgabe 7

Die Kultur der Illegalität und die Gangsterwirtschaft 15

Wie und warum die Geld- und Machtelite es der Mafia ermöglicht, Deutschland aufzukaufen 51

Die Eifel, die grüne Hölle Nürburgring und mexikanische Drogenkartelle 52

Der Fall Opel und die Hintergründe einiger Investoren 79

Das Gangsterprinzip: Über das internationale Gasgeschäft und die organisierte Kriminalität 114

Konsequenzen der Komplizenschaft mit kriminellen Systemen – am Beispiel Kasachstan 139

Die Werften, russische Investoren und die Methode »Friss oder stirb« 157

Die Lufthansa, die Fraport AG und etwas undurchsichtige Partner 184

Organisierte Kriminalität und internationale Wirtschaftskrisen 221

Kriminelle Ökonomie oder nur eine andere Form der legalen Wirtschaft? 222

Über Banker, Finanzgangster und die politischen Hilfstruppen 233
Geldwäsche, die ehrenwerte Gesellschaft und die Netzwerke der New Economy 240
Finden die Methoden der Kriminellen Eingang ins Repertoire der normalen Wirtschaft? 269

Das Billionenverbrechen 289
Deregulierungswahn, Ratingagenturen und der Finanzcrash 290
Symbolpolitik bei der Bekämpfung der organisierten Wirtschaftskriminalität 313
Bayerische Gangsterwirtschaft 334

Epilog
Über eine Institution der Macht und die Ohnmacht der Bürger 353

Abkürzungsverzeichnis 372
Anmerkungen 376
Register 405

Vorwort zur aktualisierten Taschenbuchausgabe

Eigentlich könnte er in Rente gehen. Bernd Finger, 62 Jahre, im Berliner Landeskriminalamt zuständig für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, ist ein engagierter und mutiger Kriminalist, den das billige Schwarz-Weiß-Denken gewaltig nervt. Im Oktober 2012 wird er gegen seinen Willen in Pension geschickt. Denn, so die interne Begründung des Berliner Innensenats: »Die Behörde hat kein dienstliches Interesse an einer Fortführung seiner Tätigkeit.« Warum wohl?

43 Jahre arbeitete er bei der Polizei, genießt international hohes Ansehen und ist Vorkämpfer für die Präventionsarbeit gegen kriminelle Großorganisationen wie die italienische Mafia. Zum Gedenken an den 20. Jahrestag der Ermordung der sizilianischen Richter Giovanni Falcone und Paolo Borsellino hielt er am 4. Juni 2012 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz einen Vortrag, das Resümee seiner langjährigen Erkenntnisse. »Kriminalität, insbesondere die organisierte Kriminalität in ihrer fortgeschrittenen, entwickelten, globalisierten Form, bedroht die Menschenrechte; sie erzeugt Unterdrückung und Ausbeutung, vernichtet reguläre Arbeitsplätze, hält Menschen in Angst und Schrecken bis zum Mord, verhindert Meinungsfreiheit und Transparenz, belässt Menschen in mafioser Armut und Abhängigkeit bei gleichzeitig unermesslicher Profitmaximierung in krimineller Hand weniger,

untergräbt Verfassung und Demokratie, verhindert umfassende, chancengleiche Bildung, zerstört aus Profitgier das legale Finanz- und Wirtschaftssystem und die Umwelt und behindert die Meinungs- und Pressefreiheit.«

Bernd Finger bezog sich nicht nur auf Italien oder Osteuropa, sondern auch auf Deutschland. Bislang hatte hier kein hochrangiger Kriminalist, geschweige denn ein Angehöriger der politischen Elite, derart eindringlich die Gefahr der organisierten Kriminalität für eine demokratische Gesellschaft beschrieben.

Tatsächlich findet seit Jahren schleichend eine fatale gesellschaftliche Entwicklung statt – eine Regression des demokratischen Systems. Gerade deshalb lohnt ein Blick in die Juni-Ausgabe 2012 des renommierten New Yorker Magazins *Foreign Affairs*. Dort veröffentlichte Moisés Naím, der ehemalige geschäftsführende Direktor der Weltbank, einen Artikel über Mafia-Staaten: »Überall auf der Welt haben Kriminelle die Regierungen auf eine bislang beispiellose Art und Weise durchdrungen. Gleichzeitig haben einige Regierungen die illegalen Operationen der Kriminellen inzwischen selbst übernommen. Toppositionen in einigen der weltweit profitabelsten illegalen Unternehmen werden nicht mehr nur von professionellen Kriminellen geführt, sondern auch von hochrangigen Regierungsvertretern, Spionagechefs, Leitern von Polizeiabteilungen, Militäroffizieren und in einigen besonders extremen Fällen, sogar von Führern des Staates oder ihren Familienangehörigen.«[1]

In den Mafia-Staaten sind hohe Regierungsangehörige integrale Beteiligte, wenn nicht die Führer krimineller Unternehmen, und der Schutz und die Förderung solcher Unternehmen genießt höchste staatliche Priorität. In diesen Mafia-Staaten sind die nationalen Interessen und die Interessen der

organisierten Kriminalität untrennbar miteinander verflochten. Zu den Mafia-Staaten zählt Moisés Naím unter anderem »Bulgarien, Montenegro, die Ukraine, Weißrussland und Russland«[2].

Gerade Russland ist einer jener »Mafia-Staaten«, mit dessen Handlangern nicht nur führende deutsche Politiker und Expolitiker aufs Harmonischste verbunden sind. Inzwischen wurde bekannt, dass Franz Beckenbauer, Idol deutscher Fußballfans, für den russischen Energiekonzern Gazprom arbeiten wird. Er soll als eine Art »Sportbotschafter« im Auftrag des undurchsichtigen Gazprom-Konzerns für sportliche Großereignisse im Putin-Reich tätig werden. Ein Konzern, der für die mafiose Kreml-Herrschaft von Wladimir Putin mitverantwortlich ist, und damit für die Unterdrückung fundamentaler demokratischer Freiheiten. Was Herrn Beckenbauer als Gegenleistung überwiesen werden wird – das bleibt wohl ein Staatsgeheimnis.

Clemens Tönnies, der Aufsichtsratsvorsitzende von Schalke 04 und Europas größer Fleischproduzent, wird in einem Zeitungsinterview zum Wahlsieg des russischen Präsidenten Wladimir Putin gefragt: »Es heißt, bei Ihren Begegnungen mit Putin hätten Sie zwei Sporttaschen mit Tönnies-Fleisch dabeigehabt.« Clemens Tönnies antwortete: »Sie sind gut informiert. Wladimir Putin isst sehr gerne deutsches Schweinefleisch.« Frage: »Leckeres Schnitzel?« Tönnies: »Nein. Eisbein, Haxen, groß geschnitten. Die kocht er übrigens selbst, mit großer Hingabe. Er ist ein sehr guter Koch.«[3] Beide Vorgänge scheinen auf den ersten Blick allenfalls ethisch unappetitlich. Sie sind in Wirklichkeit jedoch typische Fälle einer mafiosen Kultur, die eine globale Gangsterwirtschaft erst ermöglicht.

Ein weiterer dieser »Mafia-Staaten« ist übrigens das Kosovo. Zur Erinnerung: Es war besonders die deutsche Bundesregierung, die sich vehement für die völkerrechtliche Anerkennung dieses Kleinstaates auf dem Balkan starkgemacht hatte, obwohl jeder wusste, dass in Toppositionen der Regierung ehemalige führende Drogenbosse sitzen und zum Beispiel der skrupellose Kinderhandel für die dortigen Gangster ein besonders lukratives Geschäft ist. Über den derzeitigen Ministerpräsidenten des Kosovo, Hashim Thaçi, schrieb der Bundesnachrichtendienst noch im Jahr 2005, dass er »zu den ›key playern‹ (Multifunktionspersonen) gehört, die über engste Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und international operierende OK-Strukturen im Kosovo verfügen. Diese OK-Strukturen haben kein Interesse am Aufbau einer funktionierenden staatlichen Ordnung, durch die ihre florierenden Geschäfte beeinträchtigt werden könnten.«

Am 19. Dezember 2011, sieben Jahre nach diesem BND-Bericht, empfing der Politiker Thaçi, inzwischen Ministerpräsident des Kosovo, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Pristina, der Hauptstadt des Kosovo. Und er freute sich: »Ich möchte mich bei Ihnen für Ihren Einsatz für die europäische Zukunft und die Zukunft der ganzen Region bedanken.« Angela Merkel wiederum bedankte sich »recht herzlich für den freundlichen Empfang«. Und weiter: »In der Tat hat die Bundesrepublik Deutschland als eines der ersten Länder anerkannt.«[4] Kein Wort zu den umstrittenen Parlamentswahlen im Januar 2011. Im »Fortschritts-Bericht 2011« der EU-Kommission vom 12. Oktober 2011 ist zu lesen: »Die allgemeinen Wahlen wurden von schwerwiegenden Mängeln und Vorwürfen des Betrugs überschattet.«

Wie sieht zum Beispiel die europäische Polizeibehörde Europol diesen Aufbau einer funktionierenden staatlichen Ord-

nung unter Führung höchst dubioser Politiker im Kosovo? »Die Kosovo-Region hat sich offenbar zu einem Umschlagplatz für den Kinderhandel zum Zweck des sexuellen Missbrauchs entwickelt.«[5] Und in einem vertraulichen Europol-Bericht ist zu lesen, dass »in den Balkanländern Menschenhandel zum Zweck von Organtransplantationen abgewickelt wird. Der *American Medical Association* zufolge floriert der Handel mit menschlichen Organen in vielen südeuropäischen Ländern, wobei Albanien, die Kosovo-Regierung auch als Zielländer für den sogenannten Transplantationstourismus fungieren.«[6] Sowohl die USA als auch die meisten europäischen Staaten interessierte das herzlich wenig.

Ich wage die Behauptung: Diese mafiose Kungelei zwischen Mafia-Staaten und kriminellen Despoten auf der einen und westlichen Regierungs- und/oder Konzernchefs auf der anderen Seite ermöglicht den mafiosen und kriminellen Strukturen erst, sich problemlos in einer anscheinend stabilen demokratischen Gesellschaft einzunisten. Uns Bürgern wird das dann als Realpolitik verkauft.

Die einen die Bösen und die anderen, also wir in Deutschland und Europa, die Guten? Ist es tatsächlich so einfach? Natürlich nicht. »Der Ölkonzern BP (Marken Aral und Castrol) zieht über die Erde und beutet alles aus, was sich ausbeuten lässt. Boden, Wasser, Luft und – Gesellschaften. Er kennt keine Grenzen. Und wo welche sind, werden Betrug, Korruption, Lügen und Extremlobbyismus eingesetzt, um sie zu überwinden. Nicht nur moralfrei, sondern moralfeindlich wird hier gewirtschaftet, skrupellos.«[7]

Wenn man sich bislang in Deutschland überhaupt mit organisierter Kriminalität beschäftigte, verwies man vorzugs-

weise auf die italienische Mafia. Das ist natürlich ziemlich bequem. Doch selbst die italienische Mafia ist in weiten Teilen der bundesdeutschen öffentlichen Wahrnehmung eher ein Problem Italiens als Europas beziehungsweise Deutschlands, obwohl sie hier seit Jahrzehnten flächendeckend vertreten ist. Giuseppe Pignatone, Leiter der Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft von Reggio Calabria, sprach im November 2010 auf einer Veranstaltung der Konferenz »Die 'Ndrangheta besiegen: Methodologien von Abwehr und Kontinuität« in Reggio Calabria:

»Wir haben es nicht mit Familien zu tun, die nur auf sich selbst bezogen und in einer archaischen Primitivität gefangen sind, die sich in Ritualen, Formeln und unterirdischen Bunkern zeigt, ohne dass sie die Fähigkeit besäßen, in einer modernen und fortgeschrittenen Gesellschaft zu leben und zu handeln.

Wir haben es zu tun mit neuen Generationen alter Dynastien, die ihre Universitätsabschlüsse haben, voll gesellschaftsfähig in der Lage sind – sei es durch Geld, Prestige oder Einschüchterung –, sich »Zusammenarbeit« zu kaufen, selbst von den höchsten Vertretern aller gesellschaftlichen Kategorien.«

Dabei steht eines fest: Prinzipiell geht es sowohl den kriminellen Organisationen, gleichgültig unter welchem Begriff sie bekannt sind, wie den global agierenden multinationalen Konzernen um die strategischen Ziele territorialer Herrschaft, Monopolstellung und Profitmaximierung. Der demokratische Rechtsstaat ist für sie nur ein Vehikel, um ihre Ziele umzusetzen. Diese Ziele verbindet sowohl die legalen wie kriminellen globalen Marktteilnehmer. Und immer häufiger ist zu beobachten, dass dabei die Grenzen zwischen den legal wie kriminell agierenden globalen Konzernen ver-

schwinden. Dieses Prinzip gilt ebenso für politische Entscheidungsträger.

In welchem Umfang zum Beispiel kriminelle Organisationen Druck auf unliebsame Regierungen auszuüben versuchen, das dokumentiert ein Fall, der unter anderem auch in Deutschland spielt.

Im Jahr 2011 wurden in Spanien, Österreich, der Schweiz und in Deutschland eine kriminelle Organisation aus Georgien zerschlagen, die im Wesentlichen im Erpressungsgeschäft und dem Diebstahl hochwertiger Güter in Deutschland, Österreich und Spanien aktiv war. Die erwirtschafteten kriminellen Einkünfte wurden zum einen den Anführern der kriminellen Organisation direkt überwiesen. Und deren Ziel war es, in Westeuropa eine georgische Subgesellschaft zu schaffen, die ihrer alleinigen Kontrolle unterworfen würde. Sämtliche Bereiche der georgischen Diaspora, also sowohl legale als auch illegale Aktivitäten, sollten ihrer Herrschaft und »Rechtsprechung« unterstellt werden. So weit so normal. Aber das Ziel der kriminellen Organisation, so steht es in einem Bericht des österreichischen Bundeskriminalamtes, war es außerdem, »durch die Organisierung von gewalttätigen Demonstrationen die politische Lage in Georgien zu destabilisieren, um mit Hilfe korrumpierter hochrangiger Beamter des georgischen Innenministeriums den Sturz der demokratisch gewählten Regierung und des Präsidenten zu erreichen«. Denn durch die amtierende Regierung Saakaschwili »wurden in Georgien unmittelbar nach Amtsantritt Gesetze erlassen, welche die Diebe im Gesetz zwangen, ihren Einfluss auf Wirtschaft und Politik in Georgien selbst aufzugeben und das Land zu verlassen. Aus diesem Grund werden tatsächliche und vorgebliche Vertreter der Opposition von den Dieben im Gesetz logistisch und finanziell unterstützt, um dieses

Ziel zu erreichen.« Unterstützt und mit Informationen versorgt wurden sie von Angehörigen der georgischen Botschaft beziehungsweise des georgischen Konsulats in Österreich.

Deshalb bleibt eine der zentralen Fragen, neben der Vermengung staatlicher und krimineller Strukturen, warum Geldwäsche, bei der es um Millionen- und Milliardenbeträge geht, bis zum heutigen Tag in nur geringem Umfang effektiv bekämpft wird – allen Geldwäschegesetzen dieser Welt zum Trotz? Immerhin geht das in Wien ansässige United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) in einer Untersuchung davon aus, dass Kriminelle, besonders Drogenhändler, im Jahr 2009 insgesamt 1,6 Billionen US-Dollar gewaschen haben. Und davon wurde nur ein Prozent beschlagnahmt oder eingefroren.[8]

Und was Deutschland betrifft, da bescheinigte die Financial Action Task Force (FATF) dem so sauberen Deutschland im Jahr 2010 unter anderem eine besondere Anfälligkeit für Geldwäsche. »Deutschland sei ein besonders attraktives Geldwäscheland, weil es in seiner Rolle als Finanzzentrum sowie durch seine Wirtschaft enorm bedeutend sei. Bei einem Umfang der deutschen Schattenwirtschaft von insgesamt mehr als 500 Milliarden Euro schätzt die FATF, dass in Deutschland jährlich 43 bis 57 Milliarden Euro (als Minimum) kriminell erwirtschaftet werden.«[9] Zwangsläufig stellt sich eigentlich jedem die Frage, was dagegen unternommen wird. Die Antwort ist einfach – bis zum heutigen Tag, also im Sommer 2012, im Prinzip: nichts.

Die Kultur der Illegalität und die Gangsterwirtschaft

Pure Dummheit wäre es, zu glauben, es gäbe ein geheimes Komplott undurchsichtiger Mächte, das es Kriminellen ermöglichen würde, in die Zentren staatlicher Macht einzudringen. Vielmehr waren es die vielen kleinen Schritte, die in den letzten Jahren dazu führten, dass die organisierte Kriminalität in Europa und Deutschland Bestandteil des Wirtschaftslebens wurde. In diesem Buch werden diese kleinen Schritte dokumentiert, die letztlich dazu führten, dass das Primat der Politik durch die Gangsterwirtschaft infiltriert und ersetzt wurde.

Fakt ist, dass die globalen Netzwerke der organisierten Kriminalität bereits jetzt in bestimmten Schaltzentren politischer Macht westlicher und östlicher Staaten das Sagen haben. Dazu passt, dass sich die Europäische Kommission wie die deutsche Regierung gegenüber bestimmten Staaten taub und blind stellen. Staaten, die für Korruption, fehlende Transparenz, kriminelle Aneignung von Staatseinnahmen und Verletzung der Menschenrechte bekannt sind. Das wird geflissentlich übersehen, weil es um jene Staaten geht, die Gas oder Erdöl nach Europa liefern oder liefern sollen, um unsere Energieversorgung zu sichern.

Warum wird es der organisierten Kriminalität so leicht gemacht, sich in die Wirtschaft und damit zwangsläufig in

die Politik einzukaufen? Meine These ist, weil für immer mehr Angehörige der politischen und wirtschaftlichen Elite das Prinzip der Legalität, ethisches Gewissen und die Werteordnung der Verfassung nur noch Theater, reine Show und Inszenierung in der Mediendemokratie sind. Die englische Sprache umschreibt solche Politiker feinsinnig als »double-dealing politicians«.

Schließlich weiß jeder, der sich mit der Geschichte der organisierten Kriminalität beschäftigt, dass sie ihre heutige wirtschaftliche Macht und damit politische Potenz schweren Verbrechen verdankt wie Erpressung, Betrug, Mord, Urkundenfälschung, Bestechung, dem Drogen- oder Tabakschmuggel, dem Waffenschmuggel, der Umweltzerstörung oder der Steuerhinterziehung. Aus Dieben und Betrügern wurden innerhalb weniger Jahre Mogule, aus Banditen und Plünderern marktbeherrschende Oligarchen. Jetzt wollen sie unbehelligt leben, ihre umstrittene Vergangenheit soll eliminiert werden. So verfolgen sie mithilfe bestens entlohnter Public-Relations-Agenturen ein einziges Ziel: die Gewinne der kriminellen Machenschaften in den legalen Wirtschaftskreislauf einzuspeisen, um letztlich Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in ihrem Sinn nehmen zu können.

Gleichzeitig könnte die organisierte Kriminalität keinen Gefallen daran haben, Deutschland aufzukaufen (im Nachbarland Österreich ist dieser Prozess schon weiter fortgeschritten), wenn sie nicht Heerscharen ehrenwerter Anwälte, Steuerberater, politischer Handlanger und administrativer Erfüllungsgehilfen auf ihre Seite gezogen hätte.

Dazu kommt: »Die Globalisierung der Wirtschaft und Finanzen, die Öffnung der Grenzen, die Verbreitung des Internet, die Vermehrung der Steuerparadiese, die Fähigkeit zur Bestechung und vor allem die Schwäche der Politik dagegen

haben die ›verbrecherische Wirtschaft‹ und zusammen mit dieser auch die ›mafiose Wirtschaft‹ ermöglicht.«[10]

Über diese Globalisierung der Wirtschaft und Finanzen berichtete Ulrich Fichtner im *Spiegel*, und zwar über den weltgrößten US-Versicherungskonzern American International Group (AIG). »Der Konzern AIG steht für eine Kultur von Geldgeschäften, die keine klare Grenze mehr kennt zwischen globalem Kapitalismus und organisierter Kriminalität.«[11] Mit dem Versicherungskonzern standen in Deutschland große Banken, Versicherungen und Kommunen in engen Geschäftsbeziehungen, ließen sich auf milliardenschwere Deals ein: Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass genau wegen dieser Kumpanei die Bürger »so gut wie nichts über die kriminell-ökonomischen Ursachen dieser ›welthistorischen Ereignisse‹ erfahren«[12]. Gemeint ist die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann.

Auch Professor Dr. jur. Karl-Joachim Schmelz gehört zu denjenigen, die sich noch trauen, klare Aussagen zu treffen. Er war Richter am Landgericht Frankfurt, lehrte an der Fachhochschule Darmstadt und war als Bankrechtsexperte Berater des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags – ein Mann mit Erfahrung. »Die wirklich mächtigen Feinde des Rechtsstaats, die mitverantwortlich für die Krise sind, üben nicht in irgendwelchen Lagern in Pakistan. Sie sitzen auf den Stühlen in den Ministerien und Parlamenten.«[13] Schwere Vorwürfe zweifellos, die aber nicht aus der Luft gegriffen sind. Zur Entlastung der angegriffenen politischen Repräsentanten könnte vorgebracht werden, dass viele Parlamentarier (und wahrscheinlich sogar Regierungsvertreter in Berlin) über ebenso wenig Wissen verfügen wie die Bürger selbst. Gäbe es da nicht einen entscheidenden qualitativen Unterschied: Die Bürger sind Opfer der politischen Entscheidungen.

Tatsache ist, und das sagt in Wien Antonio Maria Costa ebenfalls ungewöhnlich offen: »Die politische und wirtschaftliche Elite ist inzwischen kompromittiert, die Parlamente haben Angst, und das weltweite finanzielle System ist von kriminellen Strukturen durchdrungen.« Und zwar deshalb, weil »Investmentbanker, Fondsmanager, Rohstoffhändler und Makler zusammen mit Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Rechtsanwälten kriminelle Syndikate unterstützt haben, um deren Geld zu waschen. Sie waren es, die der weltweiten kriminellen Wirtschaft doch überhaupt erst ermöglicht hatten, Teil der globalen Wirtschaft zu werden, und die kriminellen Syndikate so zu legalen Geschäftspartnern wurden.«[14]

Antonio Maria Costa muss aus politischer Rücksichtnahme seine Worte abwägen. Seit dem Jahr 2002 ist er stellvertretender Generaldirektor der Vereinten Nationen und Direktor des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) in Wien. Zuvor war er unter anderem Generalsekretär der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Der Weg in sein Büro führt durch viele labyrinthartige Gänge des Wiener UN-Komplexes. Ohne kundigen Lotsen wird sich jeder Fremde verlaufen. Diplomatisch muss er deshalb formulieren, weil seine Behörde auf Politiker angewiesen ist, die bereit sind, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit diese UN-Behörde einigermaßen effektiv arbeiten kann.

In unserem Gespräch im Juni 2009 konstatiert Antonio Maria Costa ein wenig verbittert, dass das letzte Jahrzehnt ein verlorenes Jahrzehnt im Kampf gegen die organisierte Kriminalität gewesen sei. Ein Grund dafür mag die vornehme Zurückhaltung von Teilen der politischen Entscheidungsträger in den führenden Industriestaaten sein. »Die Herren der organisierten Kriminalität kaufen Wahlen, das Militär, sogar Präsidenten, mit anderen Worten – sie kaufen

Macht. Das macht sie heute zu einer Bedrohung für die souveränen Staaten.«[15] Und zwar deshalb, weil diejenigen, die vor zehn, 15 Jahren noch Gangster pur waren, heute marktbeherrschende Aktionäre sind.

Die Vorstellung, dass die Vertreter der nationalen Ökonomie in ein System der Loyalität gegenüber dem demokratischen Sozialstaat eingebunden sind, wird zunehmend obsolet. Denn die herrschende Kultur potenter Wirtschaftsmächte, in denen totale Willkür, absolute Korruption und strukturelle Erpressung eine lange Tradition haben, wie es in den Ländern der ehemaligen UdSSR der Fall ist, vermischt sich leicht mit der Wirtschaftskultur in demokratischen Systemen. Man nennt es Globalisierung. Die Folgen beschreibt Francesco Forgione, der ehemalige Vorsitzende der italienischen parlamentarischen Antimafia-Kommission: »In den Jahren der Politik des freien Marktes wurden alle Kontrollen aufgehoben. Das war die Möglichkeit für die effektive Transformation des kriminellen Geldes. Eine Grenze zwischen legaler und illegaler Ökonomie gibt es kaum noch. Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft sind ebenfalls aufgeweicht, und durch die Politik der Privatisierung öffentlicher Aufgaben hat nun auch Mafiageld die Politik penetriert.«[16]

Auf der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes (BKA) 2008 referierte Pietro Grasso von der italienischen Antimafia-Staatsanwaltschaft über mafiose Strukturen und ging auf die fließenden Übergänge zwischen legaler und krimineller Wirtschaft ein. Demnach stelle sich der reale Markt ganz anders dar als der bis heute von Wirtschaftstheorie und Soziologie gezeichnete ideale Markt. In Wirklichkeit handelt es sich um einen »mehrdimensionalen Markt« oder eine »vielschichtige Wirtschaft«. Pietro Grasso erläuterte: »Die offizielle und die illegale Wirtschaft sowie die Schattenwirtschaft

können als Teileinheiten eines einzigen Marktes verstanden werden, und aus der Interaktion zwischen ihnen entstehen die unterschiedlichsten Szenarien: Verflechtung und Komplizenschaft, untergeordnete und eigennützige Koexistenz, Wettbewerb und Konflikt bis hin zur physischen oder juristischen Eliminierung.«[17]

Günther Schatz, ein kundiger Staatsanwalt aus dem bayerischen Kempten, einer friedlichen ländlichen Region also, spricht vom »Partito«, das in Deutschland zu beobachten sei: »Partito ist die Teilhabe am geachteten sozialen Leben durch Beziehungen des Mafioso zu Trägern formeller Gewalt.«[18] Dieses »Partito« bezieht sich jedoch keineswegs nur auf die hinlänglich bekannten italienischen Organisationen. Denn es bestehen stabile operative Verbindungen zwischen den einzelnen Mafiaorganisationen Italiens und den wichtigsten internationalen kriminellen Vereinigungen. Dazu gehören die türkische und die russische Mafia, die chinesischen Triaden, die japanische Yakuza, die nigerianische und die albanische Mafia, die kriminellen Strukturen aus den osteuropäischen Staaten, die kolumbianischen und mexikanischen Kartelle sowie die amerikanische Cosa Nostra.

»Sie alle sind in ein organisches System krimineller Netze eingebettet, die ihrerseits durch stabile Vereinbarungen miteinander verbunden sind, um die gemeinsamen illegalen Geschäfte zu betreiben und den Einsatz von Geldern, Menschen und Mitteln zu koordinieren. Dabei werden Nichtangriffspakte vereinbart und Märkte und Einflussbereiche untereinander aufgeteilt, und zwar nicht nur im Bereich des großen Drogenhandels und der Geldwäsche, sondern auch bei allen anderen kriminellen Gelegenheiten, die sich auf internationaler Ebene bieten«, resümierte Pietro Grasso auf der BKA-Herbsttagung 2008.[19]

Modellhaft für die Verschleierungstaktik krimineller Organisationen, denen in bestimmten deutschen Kommunen das Partito gelungen ist, wie es Günther Schatz beschrieb, ist ein den Sicherheitsbehörden bekannter Geldwäscher der sizilianischen Cosa Nostra. Der stellt seine unternehmerischen Kapazitäten sowohl in Rom wie in Hessen und Sachsen unter Beweis. Als italienischer Unternehmer bekleidet er für einen kleinen Staat der Dritten Welt den ehrenvollen Posten eines Honorarkonsuls. Mit dem Titel schmückt er sich auf seiner Visitenkarte. In Deutschland hingegen firmiert er als Geschäftsführer für einige deutsche Firmen. Dazu gehören unter anderem eine Consultingfirma, eine Handelsgesellschaft, eine Beteiligungsgesellschaft, ein Unternehmen für Umwelttechnik und eines für Vermögensverwaltung. Im Internet sieht man ihn auf Fotos bei öffentlichkeitswirksamen Anlässen, mit dabei der Bürgermeister und der stellvertretende Landrat. Sie lachen fröhlich in die Kamera, sind glücklich über den netten Investor aus Rom.

Sie wissen wahrscheinlich nichts über das andere Gesicht des Dottore, der von Zeit zu Zeit bei einem Anwalt im Frankfurter Westend auftaucht – mit einem Koffer voller Barem, wissen Eingeweihte zu kolportieren. Gern werden derzeit von ihm beziehungsweise seinen Anwälten in Sachsen Fördermittel der Europäischen Union abgegriffen, die über einige Vertreter der Rechtspflege und von ihnen geführte Strohfirmen in Deutschland eingefordert werden. Wegen Subventionsbetruges – die Rede ist von mehreren Millionen Euro – klagte die Staatsanwaltschaft den ehrenwerten Mann übrigens vor einigen Jahren an. Leider sei er nicht aufzufinden, so die offizielle Version.

Durch Bereitstellung von Krediten durchdringt die organisierte Kriminalität unterdessen den legalen Bankensek-

tor, sie kauft Aktien und ernennt Vorstandsmitglieder von Konzernen. Zu den aktuellen Entwicklungen gehört zwangsläufig, dass sie von der gegenwärtigen Krise in erheblichem Umfang zu profitieren scheint. Denn »die Finanzkrise hat den Kriminellen eine weitere Geschäftsmöglichkeit eröffnet. In einer Zeit der knappen Liquidität kann die Mafia, die über genügend Finanzmittel verfügt, ihre Penetration des Finanzmarktes ausweiten, indem sie Kredite anbietet, Aktien kauft und Vorstandsmitglieder ernennt. Die Regierungen haben es kommen sehen, aber sie haben nicht reagiert.«[20]

Hochkarätige Persönlichkeiten erheben deshalb warnend ihre Stimme, weil die organisierte Kriminalität »die Kontrolle von ums Überleben kämpfenden Unternehmen übernimmt und so alle Regionen unseres Landes infiltriert«. Das stellte im Mai 2009 Giorgio Napolitano, der italienische Staatspräsident, fest. US-Generalstaatsanwalt Michael Mukasey erklärte ein Jahr zuvor, dass es »eine wachsende Bedrohung der nationalen Sicherheit für die Märkte durch die Penetration der organisierten Kriminalität gibt«[21].

Für Ivanhoe Lo Bello, den Vorsitzenden der Banco di Sicilia, die inzwischen zur größten italienischen Bank, der UniCredit, gehört, ist das nichts Neues: »Die Gangster schauen genau auf ihr Geld und versuchen, klug zu investieren. Sie investieren daher im Finanzmarkt, mehr oder weniger anonym, oder in ihrem eigenen Territorium über Personen, die als seriöse Geschäftsleute bekannt sind.«[22]

All dies sind Erkenntnisse, mit denen in Deutschland wie in Österreich bislang nach der bewährten Methode verfahren wurde: gehört, gelesen, abgeheftet.

Dabei gibt es für diese Penetration der Gesellschaft durch kriminell generiertes Kapital samt entsprechendem Partito inzwischen viele Beispiele, auf die ich später ausführlicher

eingehen werde. Nur kurz Folgendes – und das ist ein besonders wichtiger Teil des Puzzles: Vermeintlich potente ausländische Investoren wurden und werden gerade in schwierigen Zeiten in Deutschland als Heilsbringer für notleidende Unternehmen akzeptiert. Solche Betriebe verspüren dabei häufig ein Gefühl der Ohnmacht, weil es für sie überhaupt keine Alternativen des wirtschaftlichen Überlebens gibt. Die vermeintlichen »Retter« benutzen dabei zwei zentrale Handlungsmuster. Das klassische besteht darin, dass die vorhandenen Werte abgeräumt, Arbeitnehmer auf die Straße geworfen beziehungsweise erpresst werden, zu Hungerlöhnen zu arbeiten. Das neue Handlungsmuster sieht in der Regel so aus, dass die dubiosen Geldgeber von einem gewissen Zeitpunkt an die Geschäftspolitik auf ihre unnachahmliche Art und Weise bestimmen.

Bernd Finger ist leitender Kriminaldirektor im Landeskriminalamt Berlin, ein engagierter und für seinen Optimismus geschätzter Kriminalist. Doch wollen die politisch Verantwortlichen seine mahnenden Worte wirklich hören? »Massiv werden die Gelder der organisierten Kriminalität eingesetzt, um strauchelnde, defizitäre Firmen und Wirtschaftszweige mit dem Ziel aufzukaufen, mithilfe des kriminellen Geldes Wirtschaftsmacht zu erlangen und marktbestimmend im Wirtschaftskreislauf zu werden.«[23]

Nach seinen Erkenntnissen entstehen heute neue marktbeherrschende Firmen, »weil sie so viel Geld zur Verfügung haben, sodass ein legales Unternehmen nicht mithalten kann. Sie werden vom Markt verdrängt.« Er sieht die Gefahr, dass »in bestimmten Segmenten wie der Kommunikations- und Elektronikindustrie, dem Energiesektor, bei Dienstleistungsunternehmen wie Post oder öffentlichem Nahverkehr plötzlich Marktsegmente entstehen, die gerade wegen der Privati-

sierung staatlicher Einrichtungen Kapitalzuflüsse aus Quellen der organisierten Kriminalität ermöglichen.« Bernd Finger spricht von Fällen, die in seiner Behörde bekannt sind, wonach bereits große Telekommunikationsgesellschaften von der organisierten Kriminalität übernommen worden sind. »Wir sehen es an Marktanteilen besonders im Handymarkt und dort bei durchgehend allen Unternehmen. Da befinden sich unter den Aktienanteilen Gelder, deren Herkunft hoffentlich hinreichend untersucht wurde.« [24]

Er könnte auch noch die Investitionen in deutsche Fluggesellschaften erwähnen. Ein Unternehmen in der Nähe von Frankfurt am Main bietet sich als gutes Beispiel an. Gegenstand des Unternehmens ist laut Genios Wirtschaftsdatenbank die Betätigung im Reisegeschäft, insbesondere die Organisation und Abwicklung von Flugreisen. Der Umsatz für das Jahr 2006 wurde mit drei Millionen Euro angegeben. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Als Eigentümer fungiert ein Unternehmer aus Osteuropa. Doch er ist lediglich der Strohmann für ein Mitglied der Solnzevskaja, einer der mächtigsten russischen kriminellen Organisationen. Der wahre Geldgeber ist ein in Litauen geborener Geschäftsmann, der bereits vor dem Zusammenbruch der UdSSR in diversen kriminellen Geschäften aktiv war.

Der Geschäftsmann war damals auch Berater des kirgisischen Präsidenten, und er soll Gold aus Kirgisien in die Schweiz transportiert haben – im Auftrag des damaligen kirgisischen Präsidenten Askar Akajew. Wo das Gold im Wert von 23 Millionen US-Dollar geblieben ist, ist bis heute ein Rätsel. Danach fiel er wegen seiner engen Beziehungen zur Solnzevskaja, der einflussreichsten kriminellen Organisation aus der Ex-UdSSR, auf. Im Jahr 1994, so die Moskauer Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (RU-

BOP), gewährte er Sergej Michailov, dem einstigen Chef der Solnzevskaja, einen Kredit in Höhe von 150 Millionen US-Dollar. Als Gegenleistung soll die kriminelle Organisation seine geschäftlichen Interessen in Russland »geschützt« haben.

Laut reden und nichts tun – was Politiker alles tun, um das System nicht infrage zu stellen

Ende 1994, vor über 15 Jahren, fanden bereits Konferenzen der UN statt, die sich mit dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität beschäftigten. Damals erklärte UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali: »Das transnationale Verbrechen vergiftet das Geschäftsklima, korrumpiert politische Führer und untergräbt die Menschenrechte. Damit wird die Demokratie unterlaufen.«[25] Und er sprach davon, dass es sinnvoll wäre, einmal an eine Konvention gegen das transnationale Verbrechen zu denken. Die zumindest gab es tatsächlich – sie trat neun Jahre später in Kraft.

Was hat sich ansonsten verändert? »Die westlichen Regierungen haben das alles kommen sehen«, klagt Antonio Maria Costa von der UNODC. »Vor zehn Jahren unterschrieben viele Staaten eine UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität. Aber nur ein Drittel der UN-Staaten haben das Palermo-Übereinkommen bis heute ratifiziert.«[26] (Der G8-Staat Japan hat es bisher nicht unterzeichnet, Anmerkung des Autors.) Und Antonio Maria Costa sagt zur Frage, ob die Regierungen auf der Grundlage der vorhandenen rechtlichen Instrumente gehandelt haben: »Mit Sicherheit nicht. Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität wurde zu einer Nebensache, die Aufmerksamkeit auf den Terrorismus umgeleitet, ohne zu erkennen, dass selbst

der Terrorismus ohne die finanziellen und logistischen Beziehungen zur organisierten Kriminalität nicht existieren kann. Daher wurde die internationale Mafia durch die Ausnutzung der freien Märkte und die fehlende Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden noch mächtiger. Ein Ergebnis davon ist, dass die Bedrohung durch die organisierte Kriminalität erheblich größer geworden ist als zu der Zeit, als die Palermo-Konvention im Jahr 2003 in Kraft trat.« So weit die Feststellung von Antonio Maria Costa von der UNODC in einer Rede in Rom im September 2009.

So wie sich führende Politiker bei G7, G8 oder anderen Gipfeln der Regierenden von Industriestaaten an prunkvollen Orten treffen, finden seit mehr als einem Jahrzehnt mit gleicher Regelmäßigkeit Kongresse mit renommierten Fachleuten aus Politik, Wirtschaft und Strafverfolgungsbehörden an fast jedem halbwegs sicheren und idyllischen Flecken der Welt statt. Mit großer Ernsthaftigkeit wurde und wird darüber diskutiert, wie man durch gemeinsame Aktionen die stetig wachsende Gefahr des organisierten Verbrechens bekämpfen könne. Organisierte Wirtschaftskriminalität findet hingegen bei diesen Tagungen wenig Interesse.

Diese wahrhaft illustre internationale Gemeinschaft von Strafverfolgern, Ministerialbeamten, von führenden Köpfen der Banken- und Finanzwirtschaft tagt, um der internationalen organisierten Kriminalität den Garaus zu machen. Sie redet über Good Governance[27] und seit 2008 besonders über die Lehren und Konsequenzen, die aus der Finanzkrise zu ziehen sind. Ein Symposium jagt das nächste. Dafür zahlen die Beteiligten teilweise bis zu 1600 Euro pro Person. Riesige Waldflächen wurden abgeholzt, um Papier zu beschreiben und zu drucken, damit die Ergebnisse der Tagungen auch schriftlich vorliegen. Gleichzeitig installierten die Strafverfol-

gungsbehörden weltweit mächtige Institutionen, die den finalen Angriff zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität führen sollen.

Ähnlich ist die Tagungswut bei der Bekämpfung der Geldwäsche. Eva Joly, die ehemalige französische Richterin, die jahrelang Ermittlungen gegen den Ölkonzern Elf Aquitaine führte, schreibt in ihren Erinnerungen: »Da die Korruption der Eliten überall gleichermaßen tabu ist (jede systematische Untersuchung stößt ja automatisch auf großes Geschrei in den höheren Kreisen), wird der Kampf gegen die Geldwäsche zum zwanghaften Mantra der internationalen Gremien, das man gern und empört herunterbetet. Seit 15 Jahren gibt es Kolloquien, Regierungsanweisungen, Berichte und Gesetze zum Thema Geldwäsche. Wie alle Experten könnte auch ich sieben Tage die Woche das ganze Jahr über auf Vortragstour gehen und darüber referieren.«[28]

Irgendwann müsste eigentlich die zentrale Frage gestellt werden, warum trotz dieser internationalen Tagungen, aller Appelle, sämtlicher Gesetze, vieler Verhaftungen, manchmal sogar spektakulärer Gerichtsverhandlungen und Verurteilungen die organisierte Kriminalität ständig weiter wuchern kann.

Ist sie deshalb so erfolgreich, weil sie zwar allgemeingültige Regeln verletzt, aber gleichzeitig kraft ihrer finanziellen Macht gleichwertige Konkurrenz im globalen Wirtschaftssystem geworden ist? Petrus C. van Duyne, Professor für Empirische Strafwissenschaft an der Universität Tilburg, stellt daher die entscheidende Frage: »Die Autoritäten scheinen vom Phänomen der organisierten Kriminalität so von Ehrfurcht geschlagen zu sein, ohne zu verstehen, dass das schreckliche Image von ihnen selbst produziert wurde. Wenn es sich bei der organisierten Kriminalität um keine Invasoren aus dem

All handelt, sondern sie ganz simpel Teil der gemeinsamen sozialen und wirtschaftlichen Familie ist, warum schaut man nicht auf die Familie als Ganzes und richtet den Fokus auf die Familie als Ganzes und ihre Verwundbarkeit?«[29]

Weil das dazu führen würde, so eine von mehreren Erklärungen, dass man dann genauer das herrschende Gesellschaftssystem unter die Lupe nehmen müsste. Dann müssten bestimmte kriminelle Handlungen auch juristisch anders definiert werden, weil sie innerhalb der Familie selbst stattfinden, wie das nicht nur am Beispiel des internationalen Waffen- und Menschenhandels und der Umweltkriminalität trefflich demonstriert werden kann.

Einmal kriminell, einmal legal

Die Aktivitäten der internationalen Waffenhändler stehen im Prinzip seit Jahren unter besonderer Beobachtung der gesamten Welt. Gleichzeitig werden alle Waffenembargos aus politischen Gründen systematisch verletzt. »Der illegale Waffenhandel wird auf zehn Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt, allein ein bis vier Milliarden Dollar erwirtschaftet der illegale Handel mit Kleinwaffen. Zwei Millionen Menschen sind in den Waffenhandel verstrickt. UN-Experten schätzen, dass 60 Prozent der illegal verkauften Waffen aus einer legalen Transaktion stammen.«[30]

Der kriminelle Markt für den Menschenhandel ist nicht weniger gravierend. »Der Mensch ist eine Ware geworden, und oft eine sehr billige«, erklärte Doris Buddenberg von der UN-Organisation UN.GIFT (Global Initiative to Fight Human Trafficking) bei einer Pressekonferenz in Wien. »Menschenhandel ist ›big business‹.«[31]

Das im Februar 2008 gegründete Wiener Forum Menschenhandel schätzt die Zahl der jährlich von Menschenhändlern geschmuggelten Opfer auf 2,7 Millionen. Davon sind 80 Prozent Frauen und 70 Prozent Opfer sexueller Ausbeutung. Es ist ein Geschäft mit einem Umsatz von jährlich 9,5 Milliarden US-Dollar.[32] Überhaupt zeichnet sich das Thema Menschenhandel durch beispiellose Doppelmoral aus. »Vor 1989 war es eine tapfere Leistung, Personen zu helfen, den Eisernen Vorhang in Richtung Westen zu überwinden. Sie wurden als Helden gefeiert, weil es ein Akt der humanitären Solidarität mit den Unterdrückten aus dem Ostblock war. Jetzt Menschen zu helfen, ihrer katastrophalen wirtschaftlichen Situation und der Unterdrückung zu entkommen, ist krimineller Menschenhandel.«[33]

Doppelstandards bei der Bewertung, ob ein Tatbestand der organisierten Kriminalität zugeordnet wird oder nicht, das gab und gibt es bei der Umweltkriminalität. Im Herbst 2009 wurde in den italienischen Medien ausführlich berichtet, dass Frachter, beladen mit hochgiftigem Müll, teilweise mit radioaktiven Abfällen, in der Vergangenheit vor der süditalienischen Küste versenkt worden waren. »Die Mafia soll Millionen von Tonnen Sondermüll aus europäischen Ländern, auch aus Deutschland, an Land in Kalabrien in Grotten an der Küste und auf dem Meeresboden beseitigt haben, nachdem sogar Bürgerkriegsländer wie Somalia ihn nicht mehr als Gegenleistung für Waffenlieferungen aufnehmen wollten.«[34]

Die Berichte fußten auf der Aussage von Francesco Fonti, einem Pentito[35] der ’Ndrangheta. Der gab der Staatsanwaltschaft zu Protokoll, dass er im Jahr 1992 persönlich am Untergang des Frachters Cunsky beteiligt gewesen sei, um 120 Fässer mit radioaktivem Schlamm zu entsorgen. Die Cunsky,

ein Frachtschiff, das in der Vergangenheit zahlreiche Besitzer hatte, verschwand am 23. Januar 1991 von der Meeresoberfläche. So zumindest Fontis Erzählung. Tatsächlich fand sich an der von ihm genannten Stelle ein ganz anderes, normales Schiff. »Das war eine gezielte Desinformation«, erzählte mir ein hochrangiger Marineoffizier im Ministerium für Umwelt in Rom. »Damit sollte der Öffentlichkeit gesagt werden, dass es diese versunkenen Schiffe in Wirklichkeit überhaupt nicht gibt.« Fast 20 Jahre lang wurde über diesen Öko-Terrorismus, von Ausnahmen abgesehen, beharrlich geschwiegen. Niemanden interessierte, dass Frachter mit unbekannter Ladung in den achtziger und neunziger Jahren ihre Häfen verlassen hatten und entlang den Küsten vor Italien verschwunden waren. Jetzt ist in den Medien auf einmal von 30 solchen Schiffen die Rede. Ermittler in Rom und Reggio Calabria gehen jedoch von weitaus mehr Frachtern aus, die, beladen mit hochgiftigem Müll, in den Jahren 1983 bis 1995 entlang der süditalienischen Küste auf dem Weg nach Afrika spurlos verschwanden. Der zuständige Beamte im italienischen Umweltministerium, der heute die Untersuchungen nach den untergegangenen Giftschiffen leitet, geht davon aus, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit 90 dieser chemischen Zeitbomben auf dem Meeresgrund um Süditalien herum versenkt wurden. Doch sie könnten nicht geborgen werden, weil sie in Tiefen zwischen 1000 und 5000 Metern lägen. Sicher ist jedenfalls, nach seinen Worten, dass ein ’Ndrangheta-Clan, der Clan Muto aus Cetraro, dabei mitgespielt habe.[36]

Vor diesem ökologischen Verbrechen hatte die Umweltschutzorganisation Lega Ambiente bereits 1995 in einem ausführlichen Dossier gewarnt und auf die Verbindungen der versunkenen Giftschiffe zur ’Ndrangheta hingewiesen.[37] In Rom interessierte das niemanden – und in Europa wollte

man davon nichts wissen. Die billige Entsorgung überließ man Verbrechern und konnte damit seine Hände in Unschuld waschen. Alle Ermittlungen der Behörden in Kalabrien, die 1993 begannen, werden bis zum heutigen Tag unterdrückt: Zeugen verschwanden entweder spurlos oder starben eines mysteriösen Todes, Richter und Staatsanwälte wurden massiv bedroht.

Denn für diesen Öko-Terrorismus war die kalabrische ’Ndrangheta nicht mehr als der Dienstleister im Auftrag hochkrimineller Unternehmen. Die Kunden waren bekannte italienische und andere europäische multinationale Konzerne. Sie waren die potenziellen Auftragsmörder, um die Umwelt zu zerstören. Trotzdem (oder vielleicht gerade deshalb) übte die europäische Politik keinen Druck auf die Regierung in Rom aus, damit die Bevölkerung endlich aufgeklärt würde. Für den Tourismus in Kalabrien und die dortigen Bewohner könnte die Erkenntnis tödlich sein, dass radioaktiver oder anderer Giftmüll in der Nähe der Küste, insbesondere in der Provinz Catanzaro, versenkt wurde. Deshalb befürchtete nicht nur Sebastiano Venneri, der Vizepräsident der Umweltschutzorganisation Lega Ambiente, dass Radioaktivität durch undichte Behälter bereits vom Plankton aufgenommen worden sein könnte. Wenn das der Fall ist, besteht die Gefahr, dass sie ihren Weg in die Nahrungskette gefunden hat.

Wer badet schon gerne in einer vergifteten Badewanne? Glücklicherweise sieht man es nicht, könnte man zynisch sagen. Und deshalb entstehen entlang der Küste immer mehr Ferienressorts und Hotels, finanziert von der ’Ndrangheta. Für deren Clans, unter anderem aus Ciro, war die Giftmüllentsorgung ein Milliardengeschäft, weitaus ertragreicher und problemloser als der Drogenhandel. Sie kassierten für den Transport, für die angebliche Entsorgung des Giftmülls und

schließlich für die untergegangenen Schiffe auch noch die Versicherungssumme.

Und noch ein Beispiel für die doppelten Standards bei der Bewertung, was organisierte Kriminalität ist und was legales Handeln: Die Arbeitskosten stellen ein generelles Problem in den industrialisierten Ländern dar. Hohe Arbeitskosten mobilisieren Firmen und Arbeiter gleichermaßen, aber in unterschiedliche Richtungen. Die Firmen verlagern ihren Sitz in Billiglohnländer, um dort billige Arbeitskraft zu kaufen, und die billigen Arbeitskräfte flüchten in Richtung der reichen Länder, um mehr Geld für ihre Arbeit zu bekommen und überleben zu können. Während die Firmen, die global billige Arbeitskräfte einkaufen gehen, nicht als Kriminelle bezeichnet werden, sind Arbeitskräfte, die, um überhaupt ein einigermaßen menschenwürdiges Leben führen zu können, in Richtung der reichen Länder flüchten, illegal, und diejenigen, die ihnen helfen oder sie beschäftigen, sind kriminell.

Wie stark wichtige Funktionsträger der legalen Wirtschaft in hochkriminelle Strukturen eingebunden sind, ohne die sie weitaus weniger Profite erwirtschaften könnten, demonstriert die deutsche Bauwirtschaft. Das Vorstandsmitglied eines großen deutschen Baukonzerns sagte mir Folgendes: »Die deutsche Bauwirtschaft finanziert die sizilianische Cosa Nostra und andere Mafiagruppen. Jeden Tag. Per Banküberweisung, Kontonummer bekannt. Das geschieht vor den Augen von Finanz-, Sozial- und Polizeibehörden. Das ist auf Deutschlands Großbaustellen an der Tagesordnung.«

Er berichtete davon, dass das von den Baukonzernen an bestimmte Strohmänner der Cosa Nostra bezahlte Geld für Bauleistungen auf dem Konto des Strohmannes landete. Anschließend wurde es – oft nur wenige Stunden nach der Gutschrift – wieder abgehoben. Bankangestellte würden sich

öfters darüber wundern, dass junge Männer, die kaum ein Wort Deutsch sprechen, das Geld bündelweise zur Tür hinaustragen. Draußen wartet Hintermann S. in einer schweren schwarzen Limousine. Der Wartende hat seinen Geldboten schon viele Male in die Bank geschickt, um Geld abzuholen. Der Strohmann ist zwar formeller Geschäftsführer einer deutschen Baufirma. Als gelernter Bäcker spricht er aber kein Deutsch und hat keine Ahnung vom Bauen. Seine Firma ist im Handelsregister eingetragen, beim Gewerbe- und Finanzamt und bei der Krankenkasse gemeldet. Alles legal. Am wichtigsten, sagen Ermittler, sei der Briefkasten neben der Haustür. Der Firmeninhaber, der kein Deutsch spricht, holt die Post ab, öffnet sie jedoch nicht, sondern übergibt sie R. oder einem seiner Aufpasser, die R. jedes Mal mitbringt. R. bezahlt auch den Firmeninhaber. Dafür erwartet er Treue. Mangelnde Loyalität quittiert er mit Gewalt.

Auch bei einigen Anwaltskanzleien weiß man inzwischen nicht mehr genau, wem sie eigentlich dienen. In Berlin, nahe dem Kurfürstendamm, gibt es eine Anwaltskanzlei, die nur russische Kunden bedient. Auffällig ist, berichtet ein Anwalt, der dort gearbeitet hatte, dass die Besetzung der Kanzlei alle paar Monate wechselt – genauso wie die Namen der Geschäftsführer. In guter Erinnerung sei ihm ein Geschäftsführer, der damit geprahlt hatte, in Moskau einen Banker aus dem Fenster geworfen zu haben. In Berlin fahre er einen teuren Sportwagen und handele außerdem in großem Stil mit Derivaten und Stahl. »Als über Nacht über 4000 Akten verschwanden (samt Schränken), habe ich mich verabschiedet«, erzählte er mir in seinem neuen Büro in Potsdam. Seiner Meinung nach wurde und wird immer noch in großem Umfang Geldwäsche durch jene Berliner Kanzlei betrieben. Aus Angst um sein Leben wollte er jedoch nicht mehr erzählen. Er kann

sich nämlich gut an die Aussage eines renitenten Klienten erinnern, bei dem ihm gesagt wurde: »Wir können ihn auch beseitigen lassen.«

Ein Rückblick – der Eiserne Vorhang fällt

Vor einem Vierteljahrhundert herrschten in den einzelnen Nationalstaaten die unterschiedlichsten kriminellen Organisationen mit ihren jeweiligen Bezeichnungen wie zum Beispiel Mafia, Kartelle, Gangster, Syndikate, Yakuza oder Triaden. Sie hatten damals, abgesehen von der sizilianischen Cosa Nostra, fast alle nur bedingt eine grenzüberschreitende Bedeutung. Ein einschneidendes Ereignis für die neue Zeit war jedoch der Fall der Berliner Mauer im November 1989 mit den entsprechenden politischen Auswirkungen in Osteuropa und der UdSSR.

Zum gleichen Zeitpunkt, als die Bürger aus der DDR nach Westberlin strömten, hörten die italienischen Strafverfolgungsbehörden ein Telefongespräch ab. Es war der 9. November 1989, 23:45 Uhr. Der Capo[38] des Cosa-Nostra-Clans Morabito aus Catania (Sizilien) sprach mit seinem Statthalter in Westberlin. »Sie kommen ja jetzt alle in den Westen. Du mein Freund aber gehst in den Osten und kaufst alles, was möglich ist.«

»Was?«, fragte sein Berliner Amigo.

»Kaufe Hotels, Restaurants, kaufe Unternehmen. Kaufe alles, was du findest.«

Im Sommer 1990 entdeckte die italienische Finanzpolizei eine Übereinkunft der Mafia mit dem Philipp-Holzmann-Konzern, der sich 1988 über eine Fiat-Tochtergesellschaft einen öffentlichen Auftrag über zehn Milliarden Lire zum Bau

eines Staudamms in Corleone (Sizilien) sicherte. Dieses Ereignis wurde von den italienischen Staatsanwälten als Signal für den tatsächlichen Einzug Siziliens in den gemeinsamen europäischen Markt gewertet.

»Tatsächlich aber hatte Philipp Holzmann der Mafia durch die Weitergabe sämtlicher Subunternehmeraufträge den Großauftrag besorgt. Vor dem Hintergrund der bekannten deutschen Effizienz war der sich später als berechtigt erwiesene Verdacht bezüglich der Gründe dafür aufgekommen, warum nach zwei Jahren die Kosten zwar weiter stiegen, die Arbeiten jedoch noch lange nicht abgeschlossen waren.«[39]

Drei Jahre später, im Februar 1993, traf sich ein Sizilianer, ein Vertreter der amerikanischen Cosa Nostra, mit dem Repräsentanten einer Bank aus dem russischen Ural, mitten in einem bekannten militärisch-industriellen Komplex, in einer besonders ölreichen Gegend. Nach Angaben der russischen Ermittlungsbehörden war es »der Heimatort eines Clans der russischen Mafia, die auf dem gesamten sowjetischen Gebiet operierte. Berlin wurde danach als Ort für die Treffen der beiden kriminellen Organisationen ausgewählt und innerhalb kurzer Zeit das Zugangstor, durch das der illegale Handel des Ostens sich in Westeuropa ausbreiten konnte.«[40]

Für die kriminellen Organisationen weltweit herrschte Aufbruchstimmung. 1989 und die folgenden Jahre ermöglichten nun in ungeahntem Umfang die kriminelle Infiltration der legalen Wirtschaft durch schmutziges und blutig erwirtschaftetes Geld. Davon ist auch Antonio Maria Costa von der UNODC überzeugt, ebenso wie viele internationale Kriminalisten. Doch im Taumel der Begeisterung, dass der Kommunismus nun besiegt sei, vergaß man, die Wirklichkeit in diesen ehemaligen Diktaturen zur Kenntnis zu nehmen. Die

westlichen Entscheidungsträger implantierten unkritisch die Ideologie eines angeblich sich selbstregulierenden Marktes und unterschätzten vollständig auch die Notwendigkeit legaler Standards in den Transformationsstaaten, wo darüber hinaus auch die entsprechenden Institutionen fehlten, um solche Standards durchsetzen zu können.

Und so wurde nach dem Zusammenbruch der UdSSR gleichsam über Nacht Schwarzgeld in Höhe von Milliarden Dollar aus der Ex-UdSSR, das dort gestohlen und/oder erpresst wurde, bei honorigen westlichen Banken recycelt. Die westlichen Finanzberater, Banker und Kapitalanleger waren über die Transfers kriminellen Kapitals aus der Ex-UdSSR natürlich dankbar, führten sie doch zu einem weiteren enormen Anstieg der Liquidität auf den globalen Finanzmärkten. Riesige Firmenkonglomerate entstanden.

In Österreich wie in Deutschland hatte sich zum Beispiel eines dieser Imperien bereits Mitte der neunziger Jahre festsetzen können. In einem Bericht der österreichischen Polizei ist Folgendes zu lesen: »Für den österreichischen Staat stellt das Unternehmen insofern eine konkrete Gefahr dar, als die hier etablierten, mit L. in Verbindung stehenden Firmen und das ihnen zur Verfügung stehende Kapital einen enormen, immer stärker werdenden Wirtschaftsfaktor darstellen. Diese Wirtschaftsmacht weist aber keinerlei Stabilität, eher einen destruktiven Charakter auf … es besteht die Gefahr, dass diese ›Businessmen‹, haben sie sich erst einmal im Wirtschaftsbereich situiert, in weiterer Folge ihre eigenen Interessen auf ihre eigene hinlänglich bekannte Art durchsetzen werden.«

In einem Dokument von Interpol ist über einen dieser »Businessmen« zu erfahren, dass er sich in einem Wiener Lokal mit Personen trifft, »die der kriminellen tschetscheni-

schen Szene angehören. Während dieser Treffen wird das Restaurant für andere Gäste geschlossen.« Und die Sicherheitsbehörden in Österreich schrieben schon mal: »Gegen ihn werden laufend Erhebungen durchgeführt. Ziel dieser weltweit geführten Ermittlungen ist es, die Verdachtsmomente, zum Beispiel Geldwäsche und Betrug, gegen ihn zu konkretisieren und in weiterer Folge gerichtsanhängig zu machen.«

Bis zum heutigen Tag hat sich an dem Einfluss dieses Unternehmens nichts geändert. Vielmehr ist das eingetreten, was die österreichischen Sicherheitsbehörden bereits vor zehn Jahren alarmiert hatte.

Ein Szenenwechsel nach Italien: Massimo Ciancimino ist derzeit ein Kronzeuge der Staatsanwaltschaft in Palermo, und zwar für die Verbindungen zwischen hoher Politik in Rom und der Cosa Nostra. Ich treffe ihn in Bologna, in einem alten, gerade renovierten Palazzo. Im Hauseingang hinter der riesigen, schweren Pforte steht auf seinem Briefkasten sogar sein Name. Das Appartement im dritten Stock ist vollgestopft mit einem Riesenfernseher; auf den beiden großen antiken Tischen liegen dicke Wälzer, unter anderem ein Buch des italienischen Dichters Giosuè Carducci (*Prosa di Giosuè Carducci*), der 1906 den Nobelpreis für Literatur erhielt. Vielleicht ist das Buch für Massimo Ciancimino so wichtig, weil er sich selbst darin widerspiegeln möchte. Die Prosa des Dichters zeichnet sich »durch den verneinenden Geist, die Rebellion als die treibende Kraft des Lebens, als der Genius geistiger Unabhängigkeit und Schrankenlosigkeit aus«[41].

Unter dem Buch liegen Zeitschriften über moderne Wohnungseinrichtungen, und auf dem Balkon steht ein kleines Kindermotorrad mit der Aufschrift »Police«. Ich wollte

mit ihm über die behaupteten Verbindungen zwischen Cosa Nostra und dem russischen Energieriesen Gazprom sprechen, bei denen er eine zentrale Rolle gespielt haben soll (siehe Seite 117 ff.).

Sein Vater Vito Massimo war Anfang der neunziger Jahre nicht nur kurzfristig Oberbürgermeister von Palermo, sondern zugleich eng mit Toto Riina, dem damaligen Capo di tutti capi, dem Boss der Bosse der Cosa Nostra, verbunden. Massimo, ein zierlicher Mann, 1,65 Meter groß, erzählt mir, dass er seinen Vater Don Vito auch bei dessen Gängen in die Vatikanbank Istituto per le Opere di Religione (IOR) begleitet habe. Die Schmiergeldzahlungen, die sein Vater für öffentliche Aufträge in Palermo kassierte, seien nach seinen Worten sämtlich in der Vatikanbank gebunkert worden.

»Von diesen Konten wiederum«, erzählt Massimo Ciancimino, »gingen zeitweise 20 Prozent der Eingänge an Toto Riina.« Er verfügt also über gewisse Erkenntnisse, zum Beispiel diese: »Mein Vater wurde gefragt, ob er Bernardo Provenzano in Deutschland treffen möchte.« Bernardo Provenzano wurde damals mit internationalem Haftbefehl gesucht. »Und sie haben meinen Vater auch gefragt, ob er jetzt, nach dem Fall der Mauer, Immobilien in der DDR kaufen möchte.«[42]

Die Wege der legalen und der kriminellen Wirtschaft kreuzten sich Anfang der neunziger Jahre immer häufiger. Beide verfolgten nur das eine Ziel, die höchsten kurzfristigen Renditen zu erwirtschaften. Und ständig profitierten sie von ihren jeweiligen Stärken. Verdrängt wurde, dass die Besitzer der großen neuen Konzerne aus der Ex-UdSSR, die auch in Deutschland in großem Umfang zu investieren begannen, ihren grenzenlosen Reichtum ausschließlich dem Zustand verdankten, dass sie alles zusammengestohlen hatten, dass sie

Mordaufträge an ihre Sicherheitschefs gegeben hatten, um ihren Einfluss zu sichern.

Zum Beispiel der einstige Oligarch Michail Chodorkowskij. Anfang der neunziger Jahre baute er sein Imperium mit dem Öl-Unternehmen Jukos und der dazugehörenden Finanzholding Menatep auf. Die schweizerische Bank Menatep S. A. spielte dabei eine wesentliche Rolle. Chodorkowskij transferierte über ein Unternehmen auf den Jersey-Inseln Milliarden US-Dollar auf ein Konto der Schweizer UBS-Bank. Geld hatte er auch bei der Dresdner Bank (Schweiz) angelegt.[43]

Im Aufsichtsrat der Menatep S. A. in Genf saß übrigens der ehemalige deutsche Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), ein Mann also, der sich mit Steuerfragen auskannte und sich vehement für Michail Chodorkowskij stark machte. Keiner warf auch nur einmal die Frage auf, warum einer der Sicherheitschefs des einstigen Oligarchen im Gefängnis sitzt. Hat er etwa auf eigenes Risiko gearbeitet oder im Auftrag seines Chefs?

Der Bürgermeister von Nefteyugansk etwa hatte gefordert, dass Jukos Steuern bezahlen sollte. Er wurde erschossen. Ein Ehepaar, das von den Jukos-Sicherheitskräften angeheuert wurde, um Auftragsmorde zu organisieren, versuchte, das Unternehmen zu erpressen, indem es Anteile an dem Geschäft forderte. Das Ehepaar wurde erschossen. »Die Besitzerin eines kleinen Unternehmens wurde vom Jukos-Sicherheitsdienst aufgefordert, ihnen das Unternehmen zu übergeben. Sie weigerte sich. Daraufhin wurde ein Killer angeheuert, der sie nahe ihres Appartements vor den Augen ihres Ehemannes niederschoss.«[44] Auch das gehört, ob man es wahrhaben will oder nicht, zu den Fakten, die in der westlichen Öffentlichkeit verschwiegen werden, wenn es um Oligarchen wie Michail Chodorkowskij geht, genauso wie der Rachefeldzug von Wla-

dimir Putin gegen den ungeliebten Oligarchen. Würde er die gleichen Maßstäbe bei den anderen Oligarchen anlegen – sie wären heute alle hinter Gittern.

In Deutschland selbst passten sich Gangster und die ihnen verbundenen Unternehmer ebenso schnell der neuen Zeit und den Gegebenheiten an. Der Aufstieg von Herrn Edmund (Name von der Redaktion geändert) erscheint wie ein Mikrokosmos der in den neunziger Jahren kommenden Entwicklung. Damals, Anfang der neunziger Jahre, sorgte er für fette Schlagzeilen als größter Steuerbetrüger Deutschlands. Er gründete 1991 ein deutsch-russisches Unternehmen, um ins lukrative Ostgeschäft einzusteigen. Hinweise lagen vor, dass er in Waffengeschäfte mit dem Irak sowie in Devisenschiebereien des früheren DDR-Devisenschiebers Alexander Schalck-Golodkowski verstrickt gewesen sei.

Edmund residierte in einem feudalen Schloss mit 22 Zimmern, in dem die feine Gesellschaft Schleswig-Holsteins ein und aus ging, finanzierte schon mal die Rallye Paris–Dakar. Doch vom Pförtner, der Sekretärin, dem Sachbearbeiter bis zum Fabrikleiter – alles war mehr oder weniger Blendwerk. Edmund gelang es, mit einer Reiseschreibmaschine das Kieler Finanzamt zu narren, und zwar mit selbst geschriebenen Rechnungen im Stil eines Hauptschülers, wie sich Ermittler später erinnerten. Er schrieb eine Rechnung über 3,4 oder fünf Millionen Mark für zum Beispiel 3241 Schutzanzüge à 25 000 Mark das Stück, und dann erstattete das Finanzamt die Mehrwertsteuer als Vorsteuererstattung für angebliche Exportgeschäfte. Hilfreich war, dass er die gesamte Finanzverwaltung bis zur Ministerin persönlich kannte.

Insgesamt betrog der ehemalige Schuhverkäufer den deutschen Steuerzahler um 200 Millionen Mark. Verurteilt wurde er schließlich zu achteinhalb Jahren Haft. In der Gerichtsver-

handlung entschuldigte er sich damit, dass er Firmen, die auf der Kippe standen, aufkaufen und die Arbeitsplätze retten wollte. Laut Gerichtsurteil war er angeblich Einzeltäter.

»Wer es glaubt, wird selig«, sagten mir hingegen Beamte des Landesamtes für Verfassungsschutz in Kiel. »Russen sind bei ihm ein und aus gegangen. Wir hatten Informanten über seine Kontakte zu OK-Gruppen, zu Anwälten, Unternehmern. Dabei ging es auch um Waffengeschäfte mit der algerischen Firma White Star, einer Tarnfirma des syrischen Nachrichtendienstes.« Die damalige Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein, Heide Simonis, beklagte seinerzeit »die Unfähigkeit von Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die ständig wachsende Wirtschaftskriminalität«[45]. Die Klagen könnte sie heute wiederholen, denn geändert hat sich nichts.

Territoriale Herrschaft – am Beispiel Hannover

Wie hoch die Summen sind, die unter anderem allein durch den Drogenhandel und die Zwangsprostitution von einzelnen kriminellen Organisationen derweil in deutschen Kommunen gewaschen und investiert wurden, ist statistisch nicht belegbar. Prinzipiell geht es kriminellen Organisationen, gleichgültig unter welcher Bezeichnung sie bekannt sind, um zwei strategische Ziele: territoriale Herrschaft und Profitmaximierung. Das unterscheidet sie nicht von anderen Marktteilnehmern – mit dem Unterschied, dass sie auch die illegalen Märkte bedienen. »Die Kontrolle eines Geschäfts erlaubt der Mafia, Wohltaten in Form von Jobs zu verteilen und in weiterer Konsequenz ganze Regionen unter ihre ökonomische Abhängigkeit zu bringen. Investitionen in die legale Wirtschaft erlauben es, vom Wachstum dieser Geschäfte zu

HEYNE

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE

Jürgen Roth

Gangsterwirtschaft

Wie uns die organisierte Kriminalität aufkauft

Taschenbuch, Broschur, 416 Seiten, 11,8 x 18,7 cm
ISBN: 978-3-453-60202-1

Heyne

Erscheinungstermin: September 2012

Bestsellerautor Jürgen Roth zeigt erstmals, wie kriminelle Organisationen Teil der deutschen Wirtschaft geworden sind: mit Unternehmensbeteiligungen, durch Investitionen in Fonds und Aktien – und mithilfe von Anwälten, Wirtschaftsprüfern und Bankern, die schmutziges Geld sauber waschen. Seine provokante Frage: Warum sollten Politik, Justiz und Wirtschaft etwas ändern, wenn offenbar alle profitieren?

Der Titel im Katalog